

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Humorist. Blätter) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 112.

34. Jahrgang.

Donnerstag, den 22. September

1887.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 25. September 1887, früh $\frac{1}{2}$ 7 Uhr findet Spritzenprobe statt, zu welcher sich die Zugführer, Spritzenmeister und deren Stellvertreter, sowie die Bedienungsmannschaften der städtischen Spritze 5 pünktlich im Magazingarten einzufinden haben.

Die sämtlichen Bedienungsmannschaften haben mit dem am linken Oberarm zu tragenden Spritzenzeichen zu erscheinen. Unentschuldigtes oder nicht genügend entschuldigtes Ausbleiben wird mit Geldstrafe von 1 Mark oder 1 Tag Haft bestraft.

E i b e n s t o c k, am 21. September 1887.

Der Stadtrath.

Völscher, Bürgermeister.

kl.

Bekanntmachung.

Der zeitlich in den alten Bottich bei der Apotheke geflossene Abfall vom Rathhauswasser ist gegen einen jährlichen Wasserzins zu vergeben.

Gesuche um Ueberlassung dieses Wasserabfalles sind unter Angabe des zu bezahlenden Wasserzinses bis spätestens

den 28. September 1887

schriftlich oder mündlich an Rathsstelle anzubringen, woselbst auch die Bedingungen eingesehen werden können.

E i b e n s t o c k, den 20. September 1887.

Der Stadtrath.

Völscher, Bürgermeister.

kl.

Sonnabend, den 24. September 1887,
Nachmittags 2 Uhr

solten im Gasthose zur Sonne in Sofa 1 Kleidersecretair, 1 Wäsche-
secretair und 2 Sophas öffentlich gegen Baarzahlung versteigert werden.

E i b e n s t o c k, am 16. September 1887.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Ohne Freundschaft und ohne Feindschaft.

Die „Köln. Ztg.“ vom 18. d. schreibt über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland wie folgt:

Die Manöver in Pommern sind vorüber. Die vielfach gehegte Erwartung, daß der Czar in Stettin seinem kaiserlichen Großvater einen Besuch machen würde, ist also nicht eingetroffen. Inbesseren kann das Unterbleiben der Zusammenkunft bei allen, welche dem Gange der Ereignisse aufmerksam gefolgt sind, keine Mißdeutungen hervorrufen. Rechtzeitig hat die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ darauf hingewiesen, daß der Besuch, falls er wirklich stattfindet, ausschließlich ein Höflichkeitsbesuch ohne politische Bedeutung sein würde.

Angesichts der unzweideutigen Stimmung der russischen Gesellschaft würde der Entschluß des Czaren, unsern greifen Monarchen in der alten Hafenstadt an der Oder zu begrüßen, einen gewissen Muth erfordern haben, und schon mit Grund darauf würde die russische Diplomatie den Versuch nicht unterlassen haben, auf die deutsche Dankbarkeit Wechsel zu ziehen. Wenn wir die auswärtige Politik Rußlands, die vom Czaren persönlich geleitet wird, richtig deuten, so ist Alexander III. zudem sorgsam bestrebt, zwischen seinen Panlawisten und seinen Diplomaten, zwischen Franzosen und Deutschen die Mitte zu halten. Je weiter das Pendel nach der einen Richtung ausschlägt, um so entschriebener würde es auch zurückfahren. Für Deutschland ist es in Folge dieser Politik ein einfaches Gebot der nationalen Würde, jedem Versuch zu entsagen, die alte Freundschaft mit Rußland wieder zu beleben. Daß dieser Verzicht eine Thatsache ist, darüber hat uns die stolze und selbstbewußte Sprache, mit welcher Fürst Bismarck den Verdacht des Gegentheils zurückgewiesen hat, vollständig aufgeklärt. Die Firma „Dreikaiser-Verhältnis“ hat also liquidirt, und ist auch nicht durch ein deutsch-russisches Verhältnis ersetzt worden. Deutschland und Rußland wollen ohne wärmere Freundschaft, als sie herkömmlich in Thronreden bei dem Hinweis auf die Beziehungen zu den fremden Staaten auftaucht, nebeneinander fortleben, und der augenfällige Beweis, daß die Erkaltung der politischen Beziehungen die alten herzlichen Beziehungen der beiden Höfe bisher nicht erheblich zu schädigen vermocht hat, ist trotz der Gunst der Umstände nicht geführt worden. Man muß sich freilich hüten, aus diesem vermeintlichen Ergebnis mehr zu schließen, als die Gesetze der Logik gestatten.

Nun wird mancher denken, da unsere Staatsmänner das Werben um die russische Gunst den Franzosen überlassen, so empfehle es sich für Deutschland von selbst, den Spieß einfach umzukehren und an der Spitze des mächtigen mitteleuropäischen Bundes dem raubgierigen russischen Bären wader zu Leibe zu gehen. Es ist zweifellos, daß eine solche Politik, einem volksthümlichen Gefühl entspräche; es ist aber ebenso zweifellos, daß der Staatsmann, der muthwillig in diese Bahn eintreten wollte, die Verantwortung eines furchtbaren Weltkrieges auf sich laden würde. Wir Deutsche haben gar keinen Grund, diese

Kriegesfackel zu entzünden, wir haben alles das, was wir vernünftiger Weise erstreben konnten, erreicht und durch Verträge gesichert; und Dank dem Septennat, welches zur Zeit des Ablaufs des Drei-Kaiser-Verhältnisses fest und beschlossen war, sind wir in der Lage, im schlimmsten Nothfalle selbst ohne Verbündete dem doppelten Ansturm aus Ost und West mit siegreichen Waffen zu trogen. Die Stärke der deutschen Politik besteht deshalb in ihrer Bedürfnislosigkeit. Diese Bedürfnislosigkeit verfehlt uns in die angenehme Lage, die russischen Interessen dort, wo sie durch Verträge geschützt sind, ehrlich zu unterstützen, ohne dabei auf russische Dankbarkeit, die im entscheidenden Augenblick sicher ausbleiben würde, zu rechnen. Nun besteht ein vielfach verbreiteter Irrthum, der Berliner Vertrag habe ein freies und unabhängiges Bulgarien schaffen wollen. Thatsächlich hielt es damals alle Welt für selbstverständlich, daß das durch russisches Blut geschaffene Bulgarien von dem russischen Aar überschattet werde. Niemand dachte damals daran, daß in den „struppigen Bedientenböckern des Orients“ das Nationalgefühl so schnell und so kräftig die Schwingen regen werde. Die natürliche Entwicklung der Dinge hat sich in Bulgarien in Widerspruch mit dem Geiste des Berliner Vertrages vollzogen, und man kann es den Russen, welche die Balkanvölker durch einen opferreichen Krieg befreiten und dabei erleben mußten, daß das thallos zuschauende Oesterreich an der Beute theilhaftig wurde, vom Standpunkte einer vertragstreuen Politik kaum verdenken, wenn sie immer wieder den Versuch machen, diese natürliche und menschlich erfreuliche Entwicklung rückgängig zu machen. Wir können es natürlich nicht bedauern, daß seit dem Berliner Vertrag das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel sich zu Gunsten des verbündeten Oesterreichs verschoben hat, aber wir können es bezweifeln, ob diese Verschiebung sich ohne immer wiederkehrende Kämpfe oder wenigstens Krämpfe aufrechterhalten läßt. Wir haben früher wiederholt den Gedanken vertreten, Oesterreich und Rußland möchten auf der heißumworbenen Balkanhalbinsel eine Theilung ihrer Machtkreise vornehmen, die jedem der Beiden ohne Blutvergießen viele Vortheile bringen würde. Als vor Jahresfrist eine sturmbelegte Nacht den Battenberger, der den Czaren um das türkische Erbe zu bringen drohte, von seinem Throne hinwegsetzte, schien dieser Gedanke der Verwirklichung näher zu rücken. Die österreichischen Staatsmänner hatten sich anscheinend darein ergeben, den russischen Einfluß in dem fürstenlosen Lande wieder auf die alte Höhe kommen zu lassen. Die russische Staatskunst wußte jedoch diese Gunst der Verhältnisse nicht auszubenten, und während sie kostbare Wochen ungenützt verstreichen ließ, bildete sich in dem temperamentvollen Volke der Magyaren ein leidenschaftlicher Widerstand gegen „Kainofys Politik der Schwäche.“ Die Magyaren folgten lediglich einem Gebote nationaler Klugheit, wenn sie den Einfluß der habsburgischen Monarchie für die einmal angebahnte freie und selbstständige Entwicklung der Balkanvölker zu verwenden trachteten. Und Tiszas Orientprogramm vom 30. September wie Kainofys Erklärungen zeigten, daß die Magyaren

mächtig genug waren, die Gesamtmonarchie von ihrer bisherigen politischen Richtlinie abzudrängen. Seitdem träumt man in Pest und vielleicht auch in Wien von einem Staatenbund der Balkanländer unter österreichischer Führung, während die Russen nicht aufhören, ihre begehrlischen Blicke über Serbien hinweg bis zur fernen Adria schweifen zu lassen. An diesen Umständen scheiterte der Versuch, die drei Kaiser unter einen Hut zu bringen, und im Frühjahr lief das Dreikaiser-Verhältnis ab, ohne erneuert zu werden. Der wilde Elefant will nicht länger geuldig zwischen den beiden zahmen einherwandeln. Aber wie Rußland so hat auch Deutschland die Freiheit des Handelns zurückgewonnen; es kann jetzt das deutsch-österreichische Bündniß um so fester verknotten, je weniger Rücksicht es auf Rußland zu nehmen hat. Zwischen der deutschen und der österreichischen Auffassung der orientalischen Frage besteht noch ein Unterschied, doch hat dieser Unterschied an Bedeutung verloren. Wir Deutsche lassen den Russen in Bulgarien freie Bahn, aber seit wir jede Hoffnung aufgeben mußten, Rußland zu versöhnen, kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Widerstandskräfte, welche sich in Europa gegen die russischen Pläne regen, diplomatisch zu beugen.

Die europäischen Gegensätze haben sich, wie man sieht, seit dem Augenblicke, da der Sturz des Fürsten Alexander für die russische Politik in Bulgarien nicht die erwarteten Früchte zeitigte, nicht unerheblich verschärft. Die stärkste Friedensgewähr liegt heute in dem Umstande, daß die unbefriedigten und unruhigen Mächte bei aller Angriffslust doch durchaus warten wollen, bis der Nachbar seinen Staatswagen in irgend einem Sumpfe sehtfährt, und daß jede dieser Mächte sich deshalb sorgfältig hütet, sich selbst in irgend ein militärisches Unternehmen einzulassen. Rußland geht trotz seines Heißhungers nicht nach Bulgarien, weil es auf den Glücksfall eines deutsch-französischen Krieges hofft, und die Franzosen halten das Schwert in der Scheide, bis ein russisches Vorgehen in Bulgarien die orientalische Frage aufröllt. Man darf zum Besten der befriedigten und friedliebenden Mächte nur hoffen, daß jene Staaten, von denen allein eine Friedensförderung ausgehen kann, noch recht lange in dieser lauernden Unthätigkeit verharren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „Nat.-Ztg.“ ist mit ihrem Vorschlage, die Legislaturperioden im Reiche und in Preußen zu verlängern, nicht unangelegentlich gekommen. Offiziell wird ihr in folgender Weise zugestimmt: In der Presse verschiedener Parteien wird die Frage der Verlängerung der Legislaturperiode besprochen. Nach dem Gesamteindruck dieser Erörterungen gewinnt es den Anschein, als ob innerhalb der Mehrheitsparteien des Reichstages, wie des preussischen Abgeordnetenhauses Uebereinstimmung sowohl darüber besteht, daß eine Verlängerung der Legislaturperiode im Reiche, wie in Preußen geboten ist und daß beide Maßregeln in den nächsten parlamentarischen Campagnen nöthigenfalls aus der Initiative der bezeichneten gesetzgebenden Körperschaften ins Werk gesetzt